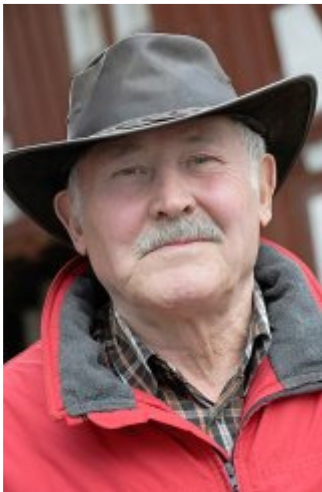


«Sie muss mitwirken dürfen»

Sudetendeutscher äußert sich zur Steinbach-Debatte



Erika Steinbachs (CDU) Berufung in den Stiftungsrat des Zentrums gegen Vertreibung könnte die Beziehung zu Polen gefährden, meint die FDP. Die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV) stimmte 1990 im Bundestag gegen den deutsch-polnischen Grenzvertrag. Der stellvertretende Landesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Eberhard Heiser aus Forchheim, kommentiert die Diskussion.

Herr Heiser, was löste die Steinbach-Frage bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft aus?

Eberhard Heiser: Natürlich Protest, wir sind der größte Vertriebenenverband unter der Dachorganisation BDV. Unser konservativer Flügel reagierte auch mit Wut. Doch die jüngere Generation der Verantwortungsträger in unserem Verband, aber auch ich mit 69 Jahren, bewerten dies objektiv, nicht emotional. Es geht nämlich nicht nur um die vertriebenen

Deutschen, sondern um alle Vertreibungsoffer in Europa: auch um Polen, die nach dem Hitler-Stalin-Pakt aus Ostpolen vertrieben wurden, oder Kosovaren in der jüngsten Vergangenheit.

Warum ist dem Verband so wichtig, dass Steinbach in den Beirat kommt?

Eberhard Heiser: Sie war ja mit dem SPD-Mann Peter Glotz die Initiatorin dieses Berliner Vertriebenenzentrums. Also muss sie dort auch mitwirken dürfen. Und als BDV-Bundesvorsitzende darf sie nicht außen vorbleiben. Für unseren Verband wäre es ja Verrat, wenn wir uns von ihr distanzieren, nur weil sie da jetzt politisch angegriffen wird.

Gefährdet die Berufung Steinbachs in den Beirat die Beziehung zu Polen?

Eberhard Heiser: Schwierig zu sagen. Der neue Außenminister Westerwelle hat leider, leider bei seinem ersten Besuch in Polen angekündigt, er wolle die Beziehung nicht durch solche Dinge gefährden. Damit hat er die Berufung Steinbachs in den Beirat gemeint. In gewissen polnischen Kreisen würde sie sicher die Beziehung zu Deutschland gefährden. Eine polnische Zeitung hat eine Satire abgedruckt, in der sie eine SS-Uniform trägt – sachliches Argumentieren ist da nicht mehr möglich. Doch in einer Demokratie muss es doch uns Deutschen überlassen sein, wie wir den Beirat besetzen. MARTIN SCHANO

25.11.2009

© NORDBAYERISCHE NACHRICHTEN, FORCHHEIM, EBERMANNSTADT

